

«Liechtenstein hat eine hervorragende Ausgangsposition»

Auszüge aus den Referaten der fünf Regierungsmitglieder anlässlich der Podiumsdiskussion

Im Rahmen des Neujahrsempfanges des Internationalen Liechtensteiner Presseclubs fand eine Podiumsdiskussion mit allen fünf Mitgliedern der Regierung statt. Die Regierungsmitglieder wurden gebeten, ein Eingangsreferat zu halten, in welchem sie einen Rückblick und einen Ausblick auf die Tätigkeit in ihren Ressorts geben sollten. Nachfolgend Auszüge aus den fünf Referaten der Regierungsmitglieder.

Alexander Batliner

Regierungschef Mario Frick ging in seinem Referat auf Grundlegendes ein. Der Regierungschef führte aus: «Liech-



Regierungschef Mario Frick bei seinem Referat.

tenstein hat eine hervorragende Ausgangsposition. Die liechtensteinische Wirtschaft ist kerngesund, die Arbeitslosigkeit ist tief und die wirtschaftlichen Perspektiven sind positiv. Auch die Staatsfinanzen sind sehr gesund und erlauben es, einen leistungsfähigen Staat und ein gut geknüpftes soziales Netz zur Verfügung zu stellen, das aber die Eigeninitiative nicht lähmt. Die Rahmenbedingungen für die Wirtschaftstreibenden, aber auch für die Bevölkerung sind hervorragend. Liechtenstein muss sich permanent bemühen, den neuen Herausforderungen adäquate Lösungen entgegenzustellen und die Gelegenheiten, die sich bieten, zu nutzen. Liechtenstein ist sehr gut eingebettet. Auf der einen Seite haben wir die hervorragenden Beziehungen zu der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Zollvertrag, aber auch über andere Vertragswerke und Regelungen. Auf der anderen Seite sind wir im Vertrag über den Europäischen Wirtschaftsraum eingebettet, der uns gute wirtschaftliche, soziale und kulturelle Beziehungen zu den EU und EWR/EFTA-Staaten eröffnet hat. Der EWR-Vertrag hat hohe Anforderungen an unser Land gestellt, hat aber auch verschiedenste Chancen eröffnet, die wir nutzen konnten.» Während der Podiumsdiskussion bezeichnete Regierungschef Mario Frick den Vertragsabschluss zum Personenverkehr als das positivste Ereignis seiner Tätigkeit als Regierungschef.

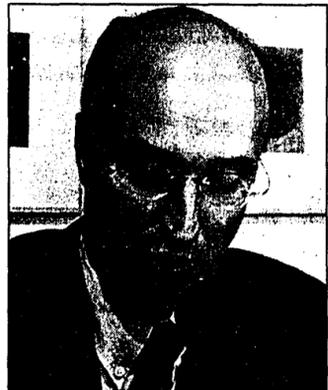
Werte- und Solidargemeinschaft



Aussen- und Sportministerin Andrea Willi mit Schwerpunkt Aussenpolitik.

Aussen- und Sportministerin Andrea Willi setzte über ihr Referat den Titel: Werte- und Solidargemeinschaft. Einen Schwerpunkt in ihren Ausführungen gewährte sie der Aussenpolitik. Sie betonte: «In der Aussenpolitik wird auch im Jahr 2000 besonderes Augenmerk auf den Einsatz für die Menschenrechte, auf die humanitäre Hilfe und auf die solidarische Zusammenarbeit zu legen sein. Dies kann und muss der liechtensteinische Beitrag sein, damit die Grundlagen für ein friedliches Zusammenleben auch in benachteiligten Staaten hergestellt und verbessert werden. Durch seine Mitgliedschaften im EWR und dem damit möglichen politischen Dialog mit der Europäischen Union, in der OSZE, im Europarat und in der UNO konnte Liechtenstein seine Mitarbeit im Bereich der Menschenrechte substantiell vertiefen. Die liechtensteinischen Leistungen für den Sozialfonds des Europarats, für den EFTA-Kohäsionsfonds für die EU, für die Zusammenarbeit mit Osteuropa, für die Zusammenarbeit mit den Drittstaaten und für die humanitäre Hilfe sind in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. Die Übernahme von Pflichten und Aufgaben infolge der verschiedenen Mitgliedschaften bei den internationalen Organisationen und Abkommen wie der UNO, der WTO, der OSZE, der EFTA, dem EWR oder dem Europarat, bietet Liechtenstein regelmässig Gelegenheit, seine Mitarbeit und seine Stimme nützlich und auch im Interesse der anderen Mitglieder einzubringen. Die Vorbereitungen für den nächsten Vorsitz Liechtensteins im Jahre 2001, und damit über 40 Mitgliedstaaten, müssen bereits in Angriff genommen werden.»

Wirtschaftspolitik im Zeichen der Diversität



Vizeregierungschef Michael Ritter äusserte sich zu Polizeiskandal und Gesundheitsreform.

Regierungschef-Stellvertreter Michael Ritter ging in seinem Votum zum einen auf die Wirtschaftspolitik im Allgemeinen und auf die beiden Problembereiche Polizei und Gesundheitsreform ein. Er führte aus: «Ein zentrales Anliegen der Wirtschaftspolitik ist die Diversität: Wir können es uns nicht leisten, von einem Produkt, einer Branche abhängig zu sein. Ständige Erneuerung und Verbreiterung unseres Angebots sind unerlässlich. So ist es, ungeachtet aller Startschwierigkeiten, eine absolute Notwendigkeit, dass wir auch im Telekommunikationsbereich eine eigenständige Politik machen. Es wäre volkswirtschaftlich nicht zu verantworten, diesen Markt, welcher der Markt der Zukunft ist, links liegen zu lassen, auch wenn das bequemer und politisch risikoärmer wäre. Weiterentwickeln werden wir auch das Projekt Versicherungsplatz, wo wir ein gesundes Wachstum feststellen können. ... Das sehr gesunde wirtschaftliche Fundament unseres Gemeinwesens ermöglicht uns, die Zukunft nach den Bedürfnissen der Menschen zu gestalten. Dazu gehört auch ein Gesundheitswesen, das optimale Leistungen zu tragbaren Kosten anbietet. Dabei dürfen wir nicht den



Rund 50 Gäste fanden sich zum Neujahrsempfang des Internationalen Liechtensteiner Presseclubs im TaK ein. Darunter auch Journalisten aus Österreich und der Schweiz. (Bilder: Alfons Kieber)

Fehler machen, nur die Kostenseite zu sehen. Eine erstklassige medizinische Versorgung, die wir für die ganze Bevölkerung auch in Zukunft haben wollen, ist nicht umsonst zu haben. Zudem soll niemand vom segensreichen aber auch teuren medizinischen Fortschritt ausgeschlossen werden. Es geht darum, unnötige Kosten und Ineffizienz zu vermeiden. ... Schliesslich noch ein Wort zur inneren Sicherheit. Sie ist ein hohes Gut, für dessen Erhaltung wir erhebliche Mittel einsetzeln. Die Funktionsfähigkeit unserer Landespolizei ist essentiell, und sie ist gegeben. Bestehende Probleme werden entschlossen angegangen. Zunehmend bedeutsam ist auch im Bereich der Sicherheit die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Verbrechen macht vor Grenzen nicht halt. Ohne internationale Kooperation kann die international tätige Grosskriminalität nicht wirksam bekämpft werden. Wir werden dem Landtag im Frühjahr ein Abkommen zur Genehmigung unterbreiten, das wir mit der Schweiz und mit Österreich ausgehandelt haben, das diese grenzüberschreitende Zusammenarbeit regelt.»

Drei Punkte zur Justiz



Drei Punkte zur Justiz von Justizminister Heinz Frommelt.

Justizminister Heinz Frommelt ging in seinem Referat auf seine Arbeit während dieser Legislaturperiode ein. Er sieht drei Schwerpunkte: Das Gesellschaftswesen, das Wirtschaftsrecht und eine liberale Gesellschaft. Er führte aus: «Im Bereich der Missbrauchsgesetzgebungskontrolle bzw. Verschärfung ging und geht es mir darum, das liberale Gesellschaftsrecht durch verschärfte Erkennung und Verhinderung des Systemmissbrauchs zu schützen. Der Schutz des Systems durch Verschärfung der Kontrollen und der Sanktionierung steht hier im Mittelpunkt. Wir planen deshalb im Ressort Justiz der Regierung in Zusammenarbeit mit Regierungschef Mario Frick demnächst ein ganzes Bündel von Massnahmen zum besseren Schutz vor Miss-

brauch des liberalen Gesellschaftsrechts bzw. zur Verbesserung des Vollzugs gegen solche Verstösse vorzuschlagen. Dieses Massnahmenbündel reicht von Bestimmungen des Strafgesetzbuches (inklusive Geldwäschereireform) zu Bestimmungen der Strafprozessordnung bis hin zum Rechtshilfegesetz. Ziel wird es sein, die bereits vorhandene Europakompatibilität bei der Missbrauchsgesetzgebung noch griffiger zu machen und erkannte Schwächen im Gesetzgebungssystem auszumerkeln. Ein zweiter wichtiger Schwerpunkt wird auch in Zukunft die Förderung des toleranten Zusammenlebens bzw. die Weiterentwicklung der liberalen Gesellschaftsordnung sein. Stichwörter in diesem Bereich sind die bereits angelaufene Bürgerrechtsreform, das bereits erlassene Antirassismogesetz, die Reform des Sexualstrafrechts und die Verbesserung der Rechtsstellung von minoritären Gruppen wie beispielsweise der Homosexuellen. Beim dritten Bereich geht es um Gesetze, die man mit Fug und Recht als Wirtschaftsrecht bezeichnen darf. Es geht dabei um Gesetze, die die Wirtschaft als solche oder mindestens den wirtschaftlichen Wohlstand der Bewohnerinnen und Bewohner unseres Landes tangieren.»

Bildung, Landwirtschaft und Verkehr

Regierungsrat Norbert Marxer setzte seine Schwerpunkte auf die Gebiete Bildung, Landwirtschaft und Verkehr. Er unterstrich: «Im Bildungsbereich ist es ein zentrales Anliegen der Regierung, die SchülerInnen und Schüler optimal auf ihr weiteres Leben vorzubereiten. Eine reine Wissensvermittlung ist dabei nicht genügend. Im heutigen Leben werden neben guten Kenntnissen in Grundlagenfächern wie Mathematik, Deutsch, Englisch und EDV als Neugierde, vernetztes und interdisziplinäres

Denken, Kommunikations- und Teamfähigkeit, Fähigkeiten zur Konfliktlösung usw. gefordert. ... Die Landwirtschaft ist im internationalen Umfeld einem rauen Wind ausgesetzt. Billigere Produkte aus der EU und noch billigere Produkte aus Übersee drängen auf den Liechtensteiner und Schweizer Markt. Liechtenstein kann nicht völlig losgelöst von den internationalen Entwicklungen eine eigenständige Landwirtschaftspolitik verfolgen, um die Landwirtschaft



Regierungsrat Norbert Marxer zu Bildung, Landwirtschaft und Verkehr.

nachhaltig zu sichern. Mit dem in den vergangenen Jahren in Liechtenstein vollzogenen Wechsel von den produktbezogenen Stützungen zu Direktzahlungen und Abgeltungszahlungen ist es jedoch möglich, auf die speziellen Bedürfnisse der Liechtensteiner Landwirtschaft angemessen zu reagieren. Auch in Zukunft wird es notwendig sein, den vorhandenen Spielraum optimal zu nutzen und festzulegen, in welchen Bereichen autonome Regelungen gefunden und in welchen Bereichen vorzugsweise mit einem grösseren Partner zusammengearbeitet werden soll.



FBPL-Fraktionssprecher (vorne rechts), der FBPL-Abgeordnete Klaus Wanger und seine Gattin Heidi Wanger fanden sich auch im TaK ein. Gebhard Hoch betonte, dass er zu den Ausführungen der Regierung einige Gegenargumente anbringen könnte.